

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Entschlossenheit der Bergarbeiter.

Die Micum greift ein.

Bochum, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Man kann sich offenbar im unbefetzten Deutschland und besonders in den Kreisen der Reichsregierung nur eine recht unklare Vorstellung von der psychologischen Einstellung der Massen des Ruhrgebietes machen, woraus sich allein das wirkliche Staunen erklärt, mit welchem die Ablehnung des Schiedspruches der Berliner Schlichtungskammer für den Ruhrbergbau aufgenommen worden ist. Wie so vieles seit Beginn des passiven Widerstandes, hat bei den zuständigen Stellen auch die in der Tat beispiellose Entrüstung aller Bevölkerungskreise im beetzten Gebiet über den Schiedspruch erhebliche Ueberraschung ausgelöst. Nach den halbamtlichen Mitteilungen der Telegraphenbureaus hat die ebenso einmütige wie entschiedene Ablehnung durch die Bergarbeiter „starkes Aufsehen“ in Berlin hervorgerufen. Dazu aber lag keinerlei Veranlassung vor; denn ein einfacher Vergleich des letzten Schiedspruches mit dem vorhergehenden hätte bei nur geringer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in Deutschlands Kohlenflöze mindestens zur Vermutung führen müssen, daß auch diesen Schiedspruch das Schicksal des Entscheidenden des Reichsarbeitsministers vom 3. Mai ereilen würde.

Gewiß, der neue Schiedspruch brachte die grundsätzliche Anerkennung der Siebenstundenschicht für die Arbeiter unter Tage, die Achtstundenschicht für die übrigen Bergarbeiter. Das ist ein Erfolg, der restlos anerkannt wird. Aber diese grundsätzliche Anerkennung wird praktisch wieder aufgehoben durch die weitere Bestimmung des Schiedspruches, wonach unföndbar bis zum 31. März 1925 „Mehrarbeit“ geleistet werden soll, ohne daß hierfür eine besondere Vergütung erfolgt. Außerdem bringt der Schiedspruch noch eine Anzahl neuer Verschlechterungen für die Arbeiter, worüber insbesondere die Kokereiarbeiter empört sind, deren schwere Arbeit im Schiedspruch vom 28. April auf 56 Stunden wöchentlich herabgesetzt, jetzt aber auf 65 Stunden erhöht worden ist. Daneben steht noch die gänzlich unzureichend gelöste Lohnfrage, die auch die bescheidensten Wünsche der Bergarbeiter unbefriedigt läßt. Die Redner auf den Reichskonferenzen aller Bergarbeiterorganisationen erklärten, daß aller bisheriger Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterschaft umsonst gewesen wäre, wenn die Bergarbeiter diesem Schiedspruch zustimmen würden. Die einzige Antwort unter solchen Umständen war die Ablehnung und die Fortsetzung des Kampfes bis zum Ende.

Die Presse im beetzten Gebiet hat nach anfänglichem Schwanken fast ausnahmslos die Sache der Bergarbeiter zu der ihren gemacht. Es wäre daher das schlimmste, was der Bergarbeitergesellschaft passieren könnte, wenn es den Kommunisten gelänge, genügend Totsköpfe für die Ausführung ihrer „Propaganda der Tat“ zu finden. In Millionen von Flugblättern — Moskau läßt sich diesen Kampf schon etwas kosten! — werden die Arbeiter aufgefordert, „plan-

mäßige Beschlagnahmen“ vorzunehmen, und in den Stadtverordnetenversammlungen erklären die kommunistischen Vertreter, sie würden die hungernden Massen auffordern, sich die Lebensmittel dort zu holen, „wo sie zu finden sind“. Der Kampf ist „ein ausschließlich politischer“ sagte ein Vertreter der RPD-Zentrale, weshalb denn auch die üblichen Forderungen Moskaus wiederkehren: Diktatur des Proletariats, Beseitigung des Kapitalismus usw.

Vermutlich hindert die politische Verblendung die RPD, zu bekennen, welchen Dienst sie mit ihrer Propaganda den Unternehmern erweist. Die Rolle der bezahlten Lockspiegel von ehemals haben heute die Funktionäre der kommunistischen Union übernommen — und sie besorgen ihr Geschäft gründlich und dazu noch umsonst. — Dabei ist deutlich zu spüren, wie dem Zechenverband der Boden unter den Füßen heiß wird. Nicht nur, daß entgegen den ursprünglichen Behauptungen der Zechenbesitzer die Kohlenknappheit empfindliche Produktionsstörungen in den übrigen Industrien hervorruft, sondern auch in ihren statistischen Behauptungen werden sie unsicher. So teilt der Bergbauische Verein durch die Telunion mit, daß er unter allen Umständen auf der Verlängerung des Arbeitstages bestehen müsse, weil „die meisten der Zechen, solange die Reparationen nicht auf das Reich übernommen werden, mit Verlust arbeiten“. Bisher hieß es bekanntlich, alle Zechen legen unter den obwaltenden Umständen mehr als fünf Mark pro Tonne Kohle zu. Jetzt ist der Ton ein schon wesentlich anderer und kommt der Wahrheit auch schon näher. Trotzdem wird auch diese neue Kundgebung ihren eigentlichen Zweck verfehlen, weil sie eben auf die Ungläubigkeit der breiten Volksschichten stößt.

Die Micum beschlagnahmt.

Paris, 20. Mai. (WTB.) Havas berichtet aus Düsseldorf: Um die Fortsetzung der Versorgung der Eisenerzländer und der Eisenbahnregie im beetzten Gebiet mit Kohle sicherzustellen, hat die Micum beschlagnahmt, einen Teil der den Ruhrgruben gehörenden Koks- und Kohlenlager mit Beschlagnahme zu belegen. Aus Frankreich werden Ladungsmannschaften herangezogen werden.

Die Lage im Bochumer Bezirk.

Bochum, 20. Mai. (TL.) Durch die Ablehnung des Berliner Schiedspruches auf den Ruhrkonferenzen der Bergarbeiter ist die Lage im Bochumer Bezirk sehr kritisch geworden. Auf keiner der Zechen sind die Bergarbeiter gestern angefahren. Auf diesen Zechen blieben die Arbeiter fern, die noch in der vergangenen Woche Rosslandsarbeiten ausführen. Auf verschiedenen Zechen wurden gestern auch Beamte gehindert, Rosslandsarbeiten auszuführen.

Dortmund, 20. Mai. (WTB.) Der Hoerde-Berein Rhönig macht durch Anschlag bekannt, daß er von morgen ab die gesamten Betriebe wegen Kohlenmangel stilllegt.

Eine Rede des Genossen Löbe.

Breslau, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Löbe sprach vorgestern in einer Versammlung des Breslauer Parteiver eins über die nächsten politischen Entscheidungen. Er betonte, daß der Wunsch in der Partei allgemein sei, den Deutschnationalen es jetzt nicht zu ersparen, die Undurchführbarkeit ihrer bisherigen Außenpolitik selbst zu beweisen. Es sei aber etwas anderes, ob man den Deutschnationalen selbst die Kabinettbildung überlasse oder ihnen die Möglichkeit der Beteiligung an einem Kabinett der übrigen bürgerlichen Parteien eröffne. Wenn Hergt gerade auf die Uebernahme des Reichskanzlerpostens dränge, so müsse man auch an die Möglichkeit denken, daß sie eine parlamentarische Mehrheit nicht finden und dann doch die Macht gegen den Reichstag zu behalten suchen. Dann wäre auf scheinbar legitimen Wege das Ziel der Münchener Ausschüsse, das Ende der Demokratie, erreicht. Dazu dürfen wir unsere Hand nicht bieten. Sollte der Versuch des Bürgerblocks nicht scheitern, so müssen wir diesem rechtsradikalen Diktaturversuch eine Regierung der Mitte vorziehen. Zusammenfassend fordert Genosse Löbe:

1. Daß die Politik der Partei sich jetzt auf einige durchführbare Punkte konzentriere, und zwar zunächst die Annahme des Sachverständigengutachtens. Dadurch müsse dem Umschwung in Frankreich Rechnung getragen werden, den selbst der deutschnationale Professor Hoehlich für eine der größten Wendungen der Weltgeschichte erklärt hat.
2. Gerechtere Lastenverteilung als bisher, wobei das Sachverständigengutachten mit seiner scharfen Kritik der bürgerlichen deutschen Finanzpolitik eine gewisse Unterstützung bietet.
3. Sammlung der außerparlamentarischen Kreise der republikanischen Bevölkerung nach dem Muster der erfolgreichen Breslauer Gegenkundgebung vom Sonntag.
4. Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids über den Achtstundentag.

Eine Festslegung der Fraktion in der Frage der Regierungsbildung, wie sie vereinzelt in Breslau gefordert worden war, durch den Parteitag lehnte Genosse Löbe als eine gefährliche Bähmung der Aktionskraft der Partei energisch ab. Niemand wünsche gegenwärtig den Eintritt der Sozialdemokratie in eine Regierungskoalition im Reich, aber ebenso verkehrt wäre es, wenn wir uns gegenüber einem rechtsradikalen Diktaturversuch schon jetzt selber die Mitübernahme der Macht und der Abwehr verbauen würden.

Fort mit § 218!

Ein Nachwort zum Prozeß Heiser.

Der 55jährige Apotheker Heiser, der der Staatsanwaltschaft 400 Namen von Frauen genannt hat, an denen er die Abtreibung mit Erfolg vorgenommen, und der aus freien Stücken außerdem zugab, im Laufe von vier Jahren in 11 000 Fällen sein Geheimverfahren versucht zu haben, ist zu nur zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Rur?! Allerdings: denn der § 218 bedroht mit einer Strafe von 10 Jahren Zuchthaus denjenigen, der gegen Entgelt einer Schwangeren die Mittel zur Abtreibung verschafft, bei ihr sie anwendet oder sie ihr beigebracht hat.

Gegen die von Heiser genannten 400 Frauen ist ein für die Staatskasse und für das Seelenleben der Angeklagten kostspieliges Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Auf Grund des Emmingerischen Opportunitätsprinzips ist gegen den Apotheker die Anklage nur hinsichtlich 25 der schwersten Fälle erhoben worden. Das Gericht hat angenommen, daß in keinem einzelnen dieser Fälle eine vollendete Abtreibung stattgefunden hat. Heiser ist deshalb nur des Versuches schuldig gesprochen worden. Er hat auch mildernde Umstände zugebilligt erhalten. Der Richter hat ihm geglaubt, daß er wirklich als fanatischer Gegner des § 218 aus idealen Motiven gehandelt habe und im Gegensatz zu seinen Berufskollegen und in erster Linie Berufskolleginnen sich nicht aus Habgier habe leiten lassen. Im Gegenteil: Seine Klientel waren größtenteils Arbeiterfrauen, denen er nicht selten völlig unentgeltlich seine Hilfe angedeihen ließ. Heiser ist aus der Haft entlassen worden, nachdem er ein Jahr zwei Monate Untersuchungshaft erlitten hat.

Das Urteil des Männergerichts über den Angeklagten — es war keine Frau als Schöffe anwesend — kommt einem Freispruch für Heiser nahe, es bedeutet ein Verdammungsurteil gegen den Abtreibungsparagrafen. Der § 218 des Strafgesetzbuches ist gerichtet vom Gericht selbst.

Der Apotheker Heiser hat keine Ideen in Wort und Schrift vertreten, hat sie auch im ausgiebigsten Maße in Praxis umgesetzt und war schließlich auch bereit, sich für sie ans Justizkreuz schlagen zu lassen. Das milde Urteil wird nicht ihm allein überlassen haben. Wer weiß, ob auch jedes andere Gericht seine Handlungen ebenso beurteilt hätte! Der Staatsanwalt, der fünf Jahre Zuchthaus verlangte, hatte von seinem Standpunkte aus und von demjenigen des Gesetzes recht. In dieser Forderung lag wenigstens Konsequenz. Das Gericht, das den Angeklagten nur zu einer milden Strafe verurteilt und ihn nicht mit einer Bewährungsfrist bedacht hat, war nichts weniger als das. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß ein Geschworenengericht den Apotheker ohne weiteres freigesprochen hätte.

Er mag der phantastische Idealist sein, als den ihn Genossin Dr. Wegscheider, die als Sachverständige auszufragen hatte, bezeichnet hat. Er mag sich in „eine fixe Idee“ verrannt haben, wie die Urteilsbegründung sich über ihn ausdrückt. Vom Standpunkte des Gesetzes aber wird er deshalb nicht weniger gefährlich. Im Gegenteil: In den Augen eines Gerichtes, das konsequent auf dem Standpunkte dieses verdammungswürdigen Paragrafen gestanden wäre, hätte er um so gefährlicher erscheinen müssen, denn die Fanatiker sind doch immer die gefährlichsten, weil sie sich in ihrer Tätigkeit keine Hemmung auferlegen.

Weshalb ist nun das Gericht zu einem so milden Urteil gelangt? Es hat nicht zu einem Freispruch kommen können, weil es an dem Buchstaben des Gesetzes gebunden ist. Es hat dem Buchstaben des Gesetzes nicht folgen können, weil es sich des Gutachtens des Professors Dührken nicht hat verschließen dürfen. Der aber sprach nicht allein als Arzt — er war Mensch und Richter zugleich. Er sprach sein vernichtendes Urteil über den § 218 aus. Und diesem Urteil mußten sich die Richter fügen, wenn nur noch ein Funken menschlichen Mitfühlers in ihnen war. Eines Mitfühlers nicht mit Heiser, sondern mit den 25 Zeuginnen, die im Namen der Frau, der namenlosen Duderin, der Frau aus der ganzen zivilisierten Welt, für sich plädierten und gegen die Männerwelt Anklage erhoben. In schlichten Worten offenbarte eine der Zeuginnen die Tragik vieler: „Mein Bräutigam drohte mir mit Erschießen“, erklärte sie unter Tränen, „dann hast du ein Kind und keinen Mann. Die Eltern drohten mit dem Hinauswerfen, da hätte ich ins Wasser gehen müssen. Heiser wurde so mein Lebensretter.“

Hier ist nur ein Teil der Motive für die Abtreibungen bloßgelegt. Der Mann will nicht das Kind, die Eltern der Schwangeren wollen nicht die „Schande“, die zukünftige Mutter beginnt selbst zu glauben, daß das uneheliche Kind eine „Schmach“ ist. Ist sie denn nicht wirklich in den Augen vieler immer noch eine „Schmach“? Das ist fiesliche Not der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes.

Stärker wirkt die soziale Not in ihrer schärfsten Form. Die bereits Lebenden finden nicht die menschennotwendige Nahrung und Wohnung. So wird es Pflicht gegen sich selbst und gegen die bereits vorhandenen Kinder, auf Nachwuchs überhaupt oder weiteren Nachwuchs zu verzichten. Die Fortpflanzungsfähigkeit wird zum Quell der beständigen Angst um die eigene Zukunft. Der Staat steht machtlos da, nicht nur, weil er nicht helfen will, sondern weil er auch nicht helfen kann. Er ist nicht imstande, den im Mutterleibe sich regenden zukünftigen Bürgern ein Existenzminimum zu gewährleisten, er ist auch nicht in der Lage, vor Degenerationen,

Die Regierungsbildung.

Ein mißglückter Versuch der Deutschnationalen.

Die „Germania“ teilt zur Frage der Regierungsbildung mit:

In die Verhandlungen der Mittelparteien pläzte gestern eine Einladung der Deutschnationalen an das Zentrum, die Bayerische und die Deutsche Volkspartei zu einer Besprechung am Mittwoch über die Regierungsbildung hinein. Die Demokraten sind zu dieser Sitzung von den Deutschnationalen nicht eingeladen worden. Die Mittelparteien sind aber über- eingekommen, Verhandlungen mit anderen Parteien nur in gegenseitigem Einverständnis aufzunehmen. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß die Zentrumspartei dieser Einladung folgen wird. Im Zentrum herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Führung der Politik nur bei der Mitte liegen kann, daß aber keine Mitarbeit abgelehnt werden soll, die sich in das außenpolitische Programm der Mittelparteien einfügt.

Die Einladung der Deutschnationalen verfolgte offenbar den Zweck, die Arbeitsgemeinschaft der Mittelparteien zu sprengen und die Führung zu übernehmen. Nach der Meinung der „Germania“ ist anzunehmen, daß der Versuch mißglückt ist.

Im Reichstag haben am Vormittag die Fraktionen der Deutschnationalen Partei, des Zentrums und der Demokraten zu ihren Sitzungen zusammen. Bei der Deutschnationalen Partei wurde ebenso wie bisher schon beim Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei die formelle Konstituierung durch Neuwahlen des Vorstandes bis zum Zusammentritt des Plenums aufgeschoben. Der bisherige Vorsitzende der Fraktion, Abg. Hergt, erstattete sofort nach Eröffnung der Sitzung einen eingehenden Bericht über die schwebenden Fragen.

Wie „ADZ“ erfährt, wird Reichstagspräsident Löbe heute nachmittags um 5 Uhr mit den Parteiführern des neuen Reichstags über die endgültige Festsetzung des Einberufungstermins des Reichstags verhandeln. Die Besprechung soll ergeben, ob der 27. Mai als Einberufungstag festgehalten werden kann.

Gewerkschaftsbewegung Unmögliche Verhandlungen.

Die Schwierigkeiten bei Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mehren sich. Die Gewerkschaftsvertreter, die im allgemeinen freie Hand für Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit haben, befinden sich gewöhnlich Unternehmervertretern gegenüber, die ganz offenbar in allen wesentlichen Fragen völlig gebunden sind. Das erschwert nicht allein jede direkte Verständigung, es macht auch die Arbeit der Schlichtungsinstanzen fast zur Unmöglichkeit. Jeder Vermittlungsvorschlag der Unparteiischen stößt auf ein „Unannehmbar“ der Unternehmervertreter, sowie es auch nur um ein geringes über eine bestimmte Grenze hinausgeht.

Vor uns liegt die dritte Ausgabe der Richtlinien für den Abschluß von Tarifverträgen, beschloßen am 16. April 1924, des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. In diesen Richtlinien ist genau vorgeschrieben, wie sich die Unternehmervertreter bei Tarifverhandlungen auch in den kleinsten Detailsfragen zu verhalten haben. Ueber die Arbeitszeit heißt es:

1. Es ist überall in den Tarifen für die Firmen die Möglichkeit zu schaffen, diejenige Arbeitszeit ohne Zustimmung der Betriebsleitung und ohne Ueberstundenzuschläge anzuordnen, die sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend für erforderlich halten. Mindestens ist überall die 8stündige Arbeitszeit ohne Ueberstundenzuschläge und ohne Erfordernis der Zustimmung der Betriebsleitung zu vereinbaren.

2. Für die Fälle der Arbeitsbereitschaft ist im Tarifvertrag eine besondere Vereinbarung zu treffen.

Dieß man diesen Passus, dann wird einem sofort klar, warum die Sechswöchigen nun schon im dritten Monat die Arbeiter ausgesperrt und dadurch der deutschen Gesamtwirtschaft unermeßlichen Schaden zugefügt haben.

Die Unternehmer schreien so viel über die notwendige Produktionssteigerung. Die Aussperrungen, die während der letzten Monate Hunderttausende auf viele Wochen zur Unmöglichkeit verurteilten, haben der Produktion einen weit größeren Schaden zugefügt als eine Verlängerung der Arbeitszeit — und um die ging fast überall der Kampf — selbst in einem Jahre wieder weismachen könnte, wenn eine Arbeitszeitverlängerung auf die Dauer wirklich eine Steigerung der Produktion ergeben würde.

Aber nicht allein in der Arbeitszeit sind die Vorschriften des Gesamtverbandes so eng umgrenzt. Es gibt überhaupt keine Nebenfrage einer Einzelfrage, über die von der Leitung des Gesamtverbandes nicht eine genaue Weisung ausgeht. Es ist geradezu grotesk, wie die Sekretäre des Gesamtverbandes, die selbst weder Unternehmer sind noch jemals in einem Betrieb standen, in bürokratischer Enghirzigkeit selbst Fragen, wie z. B. die Vertretung von Arbeitern, die in Urlaub sind, von oben herab für alle Wirtschaftszweige Deutschlands bestimmen. Und damit es ja nicht passieren kann, daß einmal eine Unternehmerorganisation in Wolgast oder in Offenburg vielleicht den Arbeitern eine längere Arbeitspause, als von oben vorgeschrieben ist, zugestehen wird verfährt, daß gegen Ueberschreitung der Vorschriften Konventionalkraft festzusetzen sind.

Eine derartige Politik macht jedes Verhandeln unmöglich. Die Gewerkschaften haben es daher mehr und mehr abgelehnt, unter solchen Bedingungen überhaupt Tarife abzuschließen. Sie ziehen vor, betriebsweise vorzugehen, wobei für die Ar-

beiter weit mehr herauspringt als bei den unmöglichen Verhandlungen.

Was wird die Folge sein, wenn die Unternehmer sich weiter von ihren Syndici solche Vorschriften machen lassen?

Das können wir bereits jetzt voraussagen: Die Unternehmerorganisationen werden aufblühen, denn schließlich werden die einzelnen Unternehmer es ablehnen, unter dem fortgesetzten Druck unmöglicher Vorschriften ihre Betriebe aufs Spiel zu setzen.

Es geht aufwärts!

Von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Sachsen wird uns folgendes mitgeteilt:

Am Sonntag tagte im Leipziger Volkshaus die alljährliche Bezirkskonferenz, in der unter anderem auch die Wahlen für die verschiedensten Kommissionen vorgenommen wurden. Die Zusammenkunft der Konferenz bewies, daß auch im Metall-

Die Bergarbeiterhilfe, die die Ruhrbergarbeiter davor bewahren soll, durch den Hunger besiegt zu werden, sichert den Achtstundentag allen Arbeitern. Wer schweren, opfervollen Kämpfen vorbeugen will, der opfere jetzt für die Bergarbeiterhilfe.

arbeitervorband die sogenannte Opposition sehr stark im Zurückgehen begriffen ist. Von 82 Delegierten gehören 71 politisch der SPD, 10 der KPD, und 1 der USPD an.

Bei den Abstimmungen über die Wahl der Beiratsmitglieder, der erweiterten und der engeren Bezirkskommission wurde die Vertretung nach der Mitgliederzahl bestimmt. Es wurden lediglich Anhänger der SPD gewählt. Von den am Schluß des 1. Quartals 1924 vorhandenen 148 354 Mitgliedern waren 148 264 vertreten. Davon vereinigten die der SPD angehörenden 140 301 auf sich. Die Delegierten der KPD und USPD brachten es auf 7963 Mitglieder, die sie zu vertreten hatten. Dadurch sind alle Korporationen, die gewählt wurden, nur mit SPD-Metallarbeitern vertreten.

Für Sachsen ist das zweifellos ein Ergebnis, das die Vertreter der KPD nicht erwartet hatten. Sie waren in großer Anzahl als Gäste anwesend, um den völligen Zusammenbruch der KPD festzustellen.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Dreher.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Montagabend eine Branchensammlung der Eisen- und Revolverdreher. Der Referent stellte fest, daß das allgemeine Organisationsverhältnis der Dreher als gut bezeichnet werden kann. Gut 4000 Mitglieder sind als fester Stamm zu verzeichnen. Der „Dreherverein“ soll ungefähr 1500 Organisierte zählen; diese Behauptung muß stark angezweifelt werden. Diese Gruppe ist vollkommen ins syndikalistische Fahrwasser gefahren und hat durch ihre Zerplitterungstendenzen schon viel Schaden bei den Bewegungen angerichtet. Der gesunde Gedanke der Zusammengehörigkeit bei den Drehern bürgt dafür, daß dieser „Dreherverein“ bedeutungslos bleiben wird. Durch Rundfrage wurde festgestellt, daß ein Durchschnittslohn von 80 Pf. in den meisten Betrieben gezahlt wird. Der Beschäftigungsgrad ist noch

schwankend, rund 850 Dreher sind in Berlin arbeitslos. Am großen und ganzen wird in den Betrieben am Achtstundentag festgehalten. Der Redner empfahl, den tariflosen Zustand wieder aufrechtzuerhalten. In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß dem alten Tarif keine Träne nachgeweiht wird. Einige kommunistische Disfunktionsredner hatten den traurigen Mut, die bekannten Wahlen wieder aufzuheben und buchten als Erfolg, ihr eigenes Nest beschmutzt zu haben. Koch I., Vertreter des DRB, zeigte an Hand von Beispielen, daß überall dort, wo gute und disziplinäre Organisationsverhältnisse sind, auch die Lohnbewegungen überall zum Wohle der Kollegen ausgingen.

Der Urlaub der Jugendlichen.

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der eben aus der Schule entlassene Jugendliche bedarf in ganz besonderem Maße des Schutzes seiner Arbeitskraft. Aus diesem Grunde steht auch der Tarif für die Angestellten des Einzelhandels für Lehrlinge und jugendliche Angestellte folgenden (gegenüber dem der Erwachsenen) höheren Urlaub vor: Lehrlinge und jugendliche Angestellte erhalten im 1. Lehrjahr oder im 15. Lebensjahre 12 Arbeitstage, im 2. Lehrjahr oder im 16. Lebensjahre 10 Arbeitstage, im 3. Lehrjahr oder im 17. Lebensjahre 8 Arbeitstage. Mit dieser Regelung ist die Absicht verbunden, den in seiner Schulzeit an mehrtägige Ferien gewöhnten Jugendlichen nicht zu plötzlicher Arbeitsbelastung auszusetzen, ihm vielmehr die Möglichkeit einer allmählichen Eingewöhnung in die anstrengende Berufsarbeit zu geben. Desto erstaunlicher wirkt auf uns die Beobachtung, daß in den großen Berliner Warenhäusern zwar die Urlaubs-einteilung für das erwachsene Personal schon vorgenommen ist, denjenigen Lehr- und Kassenmädchen jedoch noch kein Urlaub zugeteilt wurde, die, jetzt erst der Schule entwachsen, am 1. April ihre Stellung antreten haben.

Es wird Sache der Eltern sein, dafür zu sorgen, daß ihren Kindern der zustehende Urlaub von 12 Arbeitstagen nicht verloren geht. Damit sich die Gewerkschaft auch dieser jugendlichen Angestellten annehmen kann, ist die umgehende Anmeldung bei der für die Warenhausangestellten in Frage kommenden Organisation, dem Zentralverband der Angestellten (Belle-Alliance-Straße 7/10), ein unbedingtes Erfordernis.

Deutsch-französische Verständigung — gegen die Arbeiter.

Saarbrücken, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschen und französischen Kapitalisten des Saargebietes haben sich einträchtig zu einer gemeinsamen Offensive gegen den Achtstundentag zusammengeschlossen. Die deutschen Rüstling-Werke kündigten 3000, die französische Dillinger-Hütte 8000 Arbeitern und Angestellten. Die Unternehmer wollen eine Herabsetzung der Preise für Kohle und Eisenbahnfracht erlangen. Sie behaupten, daß der jetzige Frankenkurs und die Kreditnot die Industrie des Saargebietes auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig mache. Gegen das Vorgehen der Unternehmer hat die saarländische Sozialdemokratie eine Große Anfrage im Landesrat eingebracht.

Benachrichtigt für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Göttermann; Gewerkschaftsbewegung: Erich, Göttermann; De. John Schlimm, Döhlen und Göttermann; Reichsarbeit: Angewandte, Göttermann; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärtig-Berlag G. u. L. D., Berlin. Druck: Fortwärtig-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Linienstraße 3.

Portag

Kindersportwesten, reine Zefirwolle
Gr. 2 Mk. 5.80, Gr. 3 Mk. 7.25, Gr. 4 Mk. 8.25, Gr. 5 Mk. 9.50
Kunstseidene Damenstrümpfe
Florrand u. Mohle
klares Gewebe, großes Farbenaortiment Mk. 1.95

Wiltraersdorferstr. 121

J. Baer

Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Amt Moabit 2443

empfehlenswert in reellster Ausführung und zu allerbilligsten Preisen das große Lager fertiger moderner und solider Herren- und Knaben-Garderobe für jede Figur passend sowie das reichhaltige Stofflager zur eleganten Anfertigung nach Maß.

Tadelloser Sitz u. Beste Zutaten
Sport- und Berufskleidung
Eleg. Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel in allen Preislagen.



Hier der Beweis unserer Billigkeit

6.90
Damen-Halbschuh-Qualitätsware
Modern-Elegant

8.90
Herrnen-Stiefel-Qualitätsware
Passrecht-Modern

KOWA

SCHUHE • PRINZEN-STR. 79

Gabardine

130 br., r. Wolle
8.50 M., 9.75 M.
Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unt. Preis.
Haarpuder
Schöneberg, Goltzstr. 2
a d. Grunewaldstr.

Gardinenverkauf
Blüte, Wilmersdorfer Str. 66 A. 1. Etage.
Rein Baben. Reinw. renalos bill. Preise in Gardinen, Säuren, Weiß-, Tisch- u. Handtücher, Bettzeug. Bei ohne Rauntamang Einzahlung gestattet

Ruhebetten 20 M.
Klubgarnit. 170 M.
Chaiselong-Decken . . . 12 M.
Neukölln, Anzengruberstr. 2

Marke „Bernhard“

bedeutet = gut und billig!

Gabardine-Kostüme	69.00
reine Wolle	
Donegal-Kostüme	29.75
tadellos	48.00
Tuch-Mäntel selten schön	25.75
Covertcoat-Mäntel sehr schön	13.75
	29.75
Cheviot-Röcke	5.75
reine Wolle	
Blusen das Schönste	5.75 4.90
	3.95

Kleider in Protte, Gabardine, Volle von **6.75** an

W. Bernhard Nachf.

SPEZIALHAUS FÜR DAMEN-KONFEKTION
Berlin, Belle-Alliance-Straße 105 u. 101, direkt am Halleschen Tor

Läuferstoffe • Teppiche

in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken

Linoleum

als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl
Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

G. Bargende, Charlottenburg

Windscheidstr. 11 (Ecke Postallee) | Wilmsdorfer Str. 79 (Alte Karlsruherdamm)
Fernsprecher: Wilhelm 2730 | Fernsprecher: Steinplatz 4194

Resto-Haus C. Pelz

Kottbuser Str. 3

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme
Röcke
2 1/2 Rabatt!

Von 1 bis 3 1/2 geschlossen!

Einkauf

jetzt günstig
in Teppichen
Brücken • Gardinen
Möbelstoffen
Tisch- und Diwandecken
Stepdecken u. v.

Deutsches Teppichhaus

Emil Lefèvre

G. m. b. H.
Über 40 Jahre im Stammhause
nur Oranienstr. 158
nirgend Filialen!

Möbel Müller

Berlin C., Alexanderstr. 21. Tel. Ipt. 1177
Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie Einzelmöbel ab Fabrik zu billigster Preis.

Frage: **Wo kaufe ich billig Schokoladen?**
Antwort: **Nur bei Eisen & Diamant**
Kaiserstraße 4.

Abteilung II:
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahn.)

Strumpfwaren u. Trikotagen

in Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen. kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 220
a. d. Weichselstraße.
Vorzeiger dieses Insaars 2 1/2 Rabatt.

Berufs-Kleidung

Gut u. billig
Gottlieb Weis
SCHÖNEBERG Hauptstr. 161